

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Ausschuß-Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Unser Wohnungsbauprogramm

Der Große Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 3. und 4. Oktober in Halle zusammen, um zu den schwebenden Fragen des Wirtschaftslebens sowohl wie auch zu den ideellen und grundsätzlichen Belangen unserer Bewegung Stellung zu nehmen. Eine große Anzahl führender Kollegen aus allen Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Arbeiter, Angestellte und Beamte, vereinten sich auf dem zukunftsreichen Boden Mitteldeutschlands, zu raten und zu raten im Interesse der mehr als 2 Millionen christlich-nationaler Arbeitnehmer, getragen von einem schweren Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit. Die Not der Zeit verbietet es heute, derartig gewaltige Veranstaltungen zusammenzubringen, wie wir sie vor 2 Jahren in Essen erlebten, wo Stegerwald das große Programm unserer Bewegung entrollte und die Idee der Volksgemeinschaft zündend in die Massen hineinwarf.

Doch trotz des engeren Rahmens dürfte der jüngsten Tagung eine ähnliche Bedeutung zugemessen sein. Die große Reihe Stegerwalds, die auch den Mittelpunkt der Hallenser Tagung bildete, ergänzt und erweitert in mehr als einer Beziehung das Essener Programm unserer Bewegung. Wir werden die Kollegen demnächst ausführlich damit bekannt machen. Daneben aber beschäftigte sich der Ausschuß recht eingehend mit den Fragen unserer Wirtschaft- und Sozialpolitik und kam zu einer Reihe sehr wertvoller Erkenntnisse und Entschlüsse, die wir weiter unten mitteilen. Ein besonderer ausgiebiger Teil der Beratungen war den Problemen unserer Wohnungswirtschaft gewidmet. Hierzu wurden schließlich folgende höchst bedeutungsvolle Entschlüsse angenommen.

Zur Wohnungswirtschaft

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Beseitigung der Wohnungsnot aus gesundheitlichen, sittlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Erwägungen zu den wichtigsten innerpolitischen Aufgaben gehört, stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund nachstehende Forderungen auf:

I.

1. An den gegenwärtig geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Bewirtschaftung der Wohnungen, besgl. für die Bildung der Miete ist bis auf weiteres festzuhalten.

2. Die Finanzierung der Neubautätigkeit kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen im wesentlichen nur mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe erfolgen. Ihre beträchtliche Erhöhung ist jedoch notwendig. Da der Satz der Abgabe — um der dringenden Wohnungsnot zu begegnen — mit dem 1. Januar 1923 von 50 Prozent auf 500 Prozent Gesamthöhe festgesetzt werden muß, ist er von da ab regelmäßig vierteljährlich um einen gewissen Prozentsatz zu steigern, der jeweils spätestens 6 Wochen vor Quartalsbeginn durch die Reichsregierung mit Zustimmung eines vom Reichsrat, Reichstag und Reichswirtschaftsrat zu gleichen Teilen zu ernennenden Ausschusses entsprechend dem inneren Werte der Mark und der Entwicklung der Baukosten festgesetzt wird. Darüber hinaus muß die Steigerung dieser Sätze in einem solchen Ausmaß erfolgen, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre der gesamte unrentierliche Bauaufwand von 120 000 Wohnungen abgedeckt werden kann. Die so erstellten Wohnungen sind der Wohnungsabgabe zu unterwerfen.

3. Der Anteil des Reiches (§ 7) ist auf 10 v. H. zu erhöhen.

4. Stärkere Heranziehung von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe und öffentlichen Betrieben zum Kleinwohnungsbau.

5. Die Schaffung neuer Wohnräume in bereits vorhandenen Gebäuden (Ausbau von Dachwohnungen, Aufteilung größerer Wohnungen in Kleinwohnungen usw.) ist unter Würdigung der gesundheitlichen Mindestansprüche tatkräftig auch mit den Mitteln der Wohnungsabgabe zu fördern.

6. Die aus der Wohnungsbauabgabe fließenden Mittel sind in erster Linie dem Bau kleiner Wohnungen mit Gärten zuzuführen.

7. Verzicht auf die Erhebung der Wertzuwachssteuer, wenn der Gesamterlös des verkauften Grundstücks nachweislich zur Herstellung neuer Wohnungen verwandt wird.

II.

1. Zur Verbilligung der Bauausführung:

- a) die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel und zweckmäßige Verteilung der Bauaufträge auf das ganze Jahr,
- b) die Vereinfachung des Instanzenzuges bei allen in betracht kommenden Stellen,
- c) die Förderung der gemeinnützigen Baubetriebe durch Gewährung ausreichender Kredite.

2. Zur Verbilligung und Vermehrung der Baustoffe:

- a) Die Unterstützung der gemeinnützigen Organisationen des Wohnungsbauwesens mit Staatsmitteln zum Zwecke der Errichtung gemeinnützig arbeitender Baustoffbetriebe;
- b) den reiflichen Zusammenschluß der deutschen Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie zu einem Baustoffwirtschaftsbund zwecks Regelung und Preisbildung der wichtigsten Baustoffe nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechend besonderen Vorschlägen. In den Organen des Bundes rufen Arbeitgeber und die beteiligten Arbeitnehmer, außerdem die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Wahrung der Gesamtarbeitnehmerinteressen sowie das Reich zu gleichen Teilen vertreten sein. Die Interessen von Erzeugern, Verteilern und Verbrauchern sind durch paritätische Besetzung zu wahren. Für die Bewirtschaftung des Holzes ist ein Holzlieferungsverband zu errichten, der dem Baustoffwirtschaftsbund anzugliedern ist;
- c) bis zum Inkrafttreten des Baustoffwirtschaftsbundes hat eine allgemeine behördliche Festsetzung der Höchstpreise für Kalk, Zement, Holz, Ziegeleierzeugnisse, Glas und Anstrichmaterialien unter paritätischer Mitwirkung von Erzeugern, Verteilern und Verbrauchern (je Arbeitgeber und Arbeitnehmer) stattzufinden. Die für den gemeinnützigen Wohnungsbau benötigten Mengen an Kalk, Zement, Ziegeleierzeugnisse, Glas und Holz sind seitens der produzierende Industrie auf Anfordern der für die Festsetzung der bevorzugten Zementbelieferung zuständigen Stellen unmittelbar unter Ausschaltung des privaten Handels zu Erzeugerpreisen ohne jeglichen Handelsaufschlag zur Verfügung zu stellen.

III.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Ueberzeugung, daß die notwendige starke Erhöhung der Wohnungsbauabgabe dazu beitragen muß, die Lebenshaltung weitester Kreise unseres Volkes noch mehr als bisher einzuschränken. Ein solches Opfer kann den in großem Umfang leidenden Massen nur dann zugemutet werden, wenn

- 1. die Löhne und Gehälter den steigenden Mietlasten angepaßt und

erwerbsunfähige oder erheblich erwerbsbeschränkte Rentnempfangler ganz oder größtenteils von der Wohnungsabgabe befreit werden und für kinderreiche Familien eine Entlastung auf dem Wege über die Einkommensteuer herbeigeführt wird;

- 2. den Abgabepflichtigen die Gewißheit gegeben werden kann, daß die von ihnen aufzubringenden Beträge nicht der unangemessenen Bereicherung bestimmter Produzentengruppen dienen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärt deshalb nachdrücklich, daß er eine wesentliche Steigerung der Wohnungsabgabe nur dann als vertretbar ansieht, wenn gleichzeitig damit die Maßnahmen getroffen werden, die zur Senkung der nach seiner Ueberzeugung unangemessen hohen Baustoffpreise dienen können.

Zum Mieterschutzgesetz

Der gegenwärtige Raumangel macht einen umfassenden Mieterschutz dringend erforderlich. Der Schutz gegenüber ungebührlichen Mietssteigerungen bringt das Reichsmietergesetz, ebenso notwendig ist aber die Sicherung des Mieters vor der Gefahr, seine Wohnung durch Willkür des Vermieters zu verlieren. Als brauchbare Grundlage hierfür erachtet der D. G. B. den sowohl dem Reichstage wie dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Mieterschutzgesetzentwurf. Der D. G. B. fordert dementsprechend seine dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat angehörenden Mitglieder auf, sich lebhaft um die Durchbringung dieses Gesetzes zu bemühen. Dabei verlangt der D. G. B. insbesondere den Schutz der Inhaber von Werkwohnungen, die keinesfalls der bloßen Willkür der Vermieter preisgegeben werden dürfen.

Mit diesen Entschlüssen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund den praktischen Beweis dafür geliefert, daß es ihm nicht um schöne Worte, Versprechungen und agitatorische Schönrederei geht, sondern daß er sich in seiner Stellungnahme in erster Linie leiten läßt von seiner Verantwortung gegenüber dem Volksganzen, immer unter dem Gesichtspunkte der Volksgemeinschaft, des solidarischen Einnehmens des einen für den andern. Insbesondere die Zustände unserer völlig verfahrenen Wohnungswirtschaft können nur dann wieder zurechtgerückt werden, wenn man den Mut zur Verantwortung hat, nämlich den Mut, etwas zu sagen und zu verlangen, was manch einem unangenehm ist. Diesen Mut hat der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seiner Entschlüsselung ganz gewiß aufgebracht. Eben aus der klaren Erkenntnis heraus, daß es wie bisher in unserer Wohnungswirtschaft nicht mehr weitergeht. Einmal gefährdet die alles Maß übersteigende Wohnungsnot unsere ganze fernere Bevölkerungsentwicklung, und zum anderen haben die gegenwärtigen glücklichen Besitzer von Wohnungen heute die Pflicht und Schuldigkeit, den Hunderttausenden von Wohnungslosen, die ja gerade auf Grund des Mieterschutzgesetzes und der Zwangsmieterschutzverordnung — also auf Grund von Tatsachen, die im Interesse der glücklichen Wohnungsinhaber liegen — wohnungslos sind, durch ihr solidarisches Einstehen, ihr finanzielles Opfer, in absehbarer Zeit zu einer Wohnung zu verhelfen. Es ist kaum glaublich, daß man sich in breiten Mieterkreisen dieser einfachen Tatsache heute noch so wenig bewußt ist, daß man insbesondere so oft die Konsequenz verweigert, die durch die Ablehnung einer Wohnungsabgabe geschaffen wird. Bringt mangels dieser von der Allgemeinheit der Wohnungsinhaber aufzubringenden Mittel die deutsche Bauwirtschaft zusammen, so wird man sie über kurz oder lang doch wieder aufrichten müssen. Dann aber auf dem Wege über die „freie“ Mietwirtschaft mit 200

über mehrfachen Friedensmieten! Deshalb hat die deutsche Mieterschaft einfach: entweder Beibehaltung der bisherigen gebundenen Wohnungswirtschaft, dann aber auch Vergabe der Mittel, um ihren Zusammenbruch zu verhüten, d. h. etwa 10-15fache Mietsteigerung, oder aber unter Ablehnung einer derartigen Abgabe über kurz oder lang die „freie“ Mietwirtschaft mit 200fachen Friedensmieten. Die Entscheidung sollte da doch weiß Gott nicht schwer fallen, insbesondere wenn die Löhne und Gehälter — was natürlich Vorbedingung sein muß — den steigenden Mietslasten angepaßt werden.

Wie dem auch sei, der Deutsche Gewerkschaftsbund hat jedenfalls den Mut gefunden, diese Zusammenhänge mit aller Deutlichkeit festzustellen und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Dafür sei ihm insbesondere auch von uns, den Arbeitnehmern des Gewerbes, das durch die Katastrophe unserer Bauwirtschaft zum Ruin gebracht würde, der Dank abgepfattet. Am Reichstag und Regierung wird es nunmehr liegen, aus der Stellungnahme des D. G. B. die nötigen Folgerungen zu ziehen, und vor allen Dingen baldigst mit der gleichen Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit an den Wiederaufbau unserer Wohnungsbauwirtschaft heranzugehen!

Forderungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Zur Frage der

Wirtschafts- und Steuerpolitik

wurde folgende EntschlieÙung angenommen:

I.

Währungsfragen

Der Zerfall unserer Währung, die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz, das Defizit im Reichshaushalt haben in erster Linie außenpolitische Ursachen. Solange diese Ursachen nicht beseitigt sind, bringt die unabhängige anzuhaltende Steigerung der Produktion zwar eine Verkleinerung der Passivität, nicht aber eine völlige Lösung der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Auch wirtschaftspolitisch heiÙt also die wichtigste Aufgabe: Kampf gegen das Versaillesche Diktat und gegen die auf der Lüge von Deutschlands Alleinschuld gegründete Politik der Entente.

Der Ausschuß begrüÙt im Hinblick auf die steigende Kohlennot im kommenden Winter die freiwillige Mehrarbeit der uberstundenleistenden Bergleute, denn ohne eine wirksame Steigerung der Kohlen- und der Gesamtproduktion gehen wir wirtschaftlich und politisch unerträglichen Zeiten entgegen.

II.

Lennerung und Zucker

Wir verlangen scharfe Bekämpfung der gerade in letzter Zeit wieder zu beobachtenden, völlig willkürlichen Preispolitik zahlreicher Kartelle und Syndikate, die den Wahrungsverfall fördert; ferner die Kontrolle der Preispolitik durch die Einführung von Selbstverwaltungskörpern, in denen Arbeitnehmer und Verbraucher gleichberechtigt mitwirken. Wir können nicht anerkennen, daÙ die Preisbeeinflussung allgemein auf die sogenannten Wiederbeschaffungskosten oder gar auf der Grundlage fremder Valuten aufzubauen sei, wir verlangen vielmehr eine Verteilung der Lasten der Selbstverwaltung auf alle beteiligten Schichten, nicht aber die Befreiung einzelner Gruppen, die nur zu vervielfachter Belastung der letzten Verbraucher führen muÙ.

Ferner verlangen wir scharfste Anwendung aller MaÙnahmen, die geeignet sind, den Ausverkauf unserer Wirtschaft zu hemmen.

Die Einreiselerlaubnis an Ausländer ist angesichts der Notlage des deutschen Volkes nur insoweit zu geben, als staatspolitische und volkswirtschaftliche Erwägungen sie als unbedingt notwendig eraunen lassen. Von den in Deutschland anwesenden Ausländern ist eine tugliche Aufenthaltsteuer in Gold zu erheben. Der Wohnungsverschager an valutarstarke Ausländer muÙ mit allen Mitteln beggnet werden, damit die eigenen Volksgenossen zunächst Wohnungsgelegenheit erhalten.

III.

Die privaten Sachleistungsvertrage

Wir stellen fest, daÙ ein endgültiges Urteil über diese Verträge nur nach politischen Gesichtspunkten erfolgen kann. Wirtschaftlich bedeuten sie, selbst bei fast steigender Produktion, Fernwanderung des für das Jaland verfügbaren Rohmaterial, Knappheit, Preissteigerung und verachteten Rohmaterial. Wir fordern:

1. Mithinhaltsrecht der Arbeitnehmer bei Abwicklung kuntlicher Sachleistungvertrage,
2. Einführung der für die Fortführung der Produktion und für den Wohnungsbau erforderlichen Baupläne vor Erfüllung der Sachleistungen.

IV.

Sparfähigkeit und Kapitalbildung

Das fast völlige Stotzen der Sparfähigkeit in Folge sinkenden Reallohnes und sinkenden Geldwertes halten wir für eine groÙe volkswirtschaftliche und kulturelle Gefahr. Sowie bei Fortdauer des Wahrungsverfalls die für die Steigerung der Produktion notwendige Kapitalbildung nicht überhaupt anbahnen, so müssen scharfste MaÙnahmen

beständige Anlagemöglichkeiten geschaffen werden.

V.

Einkommensteuer

Da der Steuerabzug vom Lohne infolge der Wertentwertung zu einer ungerechten Mehrbelastung der Arbeitnehmer geführt hat, verlangen wir

1. eine Änderung der Veranlagungsmethode, die die Besserstellung der selbständig Veranlagten befestigt,
2. jeweils rechtzeitige Anpassung des Lohnsteuergesetzes an die Geldentwertung durch Erhöhung der Einkommengrenze, auf die das Gesetz Anwendung findet. Die Werbungskosten und Kinderabzüge sind so zu erhöhen, daÙ ein gewisser Ausgleich für die von Geldentwertung und Umsatzsteuer ohnehin schwerer Betroffenen eintritt.

VI.

Gemeindefinanzen und Umsatzsteuer

Die Zerrüttung der Gemeindefinanzen zwingt zur Forderung groÙter Sparfähigkeit und groÙter Verantwortungsfreudigkeit für die kommunale Finanzpolitik. Nur wenn die Steuerzahler durch Zuschläge zu direkten Steuern die Planlosigkeit der Gemeindefinanzen zu fühlen bekommen, werden sie auf geordnete Finanzfuhrung dringen, und ihre Durchführung fortlaufend kontrollieren. Gemeindefinanzzuschlage zur Umsatzsteuer sind unbedingt abzulehnen. Eine weitere Erhöhung dieser an sich, besonders für kinderreiche Familien, ungerechtesten aller Steuern muÙ abgelehnt werden.

Zu den Fragen der

Ernährungswirtschaft

wurde folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Solange der Wahrungsverfall andauert und infolge dessen der Getreidemarkt die Tendenz zeigt, den Preis für das Brotgetreide von Tag zu Tag entsprechend der Valutabewegung zu verändern, halten wir eine völlige Freigabe der Ernährungswirtschaft für ausgeschlossen. Es ist unmdglich, die gesamten Verbraucher bei der Beschaffung des wichtigsten Nahrungsmittels völlig dem durch politische Momente bestimmten Ein und Per des Dollars auszuliefern. Es ist daran festzuhalten, daÙ der Preis des Anlagedgetreides genügend weit vom freien Marktpreis entfernt bleibt, um den Versorgungsberechtigten eine merkliche Berbilligung gegenüber dem freien Brot zu ermöglichen.

Andererseits verlangen wir zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion MaÙnahmen, die eine ungerechtfertigte Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, insbesondere der künstlichen Düngemittel, entgegenwirken. Die rechtzeitige und ausreichende Lieferung der Düngemittel ist nötigenfalls durch Kreditgewährung sicherzustellen.

Für die

Zuckerbewirtschaftung

fordern wir:

1. Erfassung einer genügenden Menge Verbrauchs zuckers durch einen Selbstverwaltungskörper, der durch vollberechtigte Einbeziehung der Arbeitnehmer und Verbraucher zu einem wirksamen Kontrollorgan gestaltet werden muÙ.
2. Sicherung einer reibungslosen Verteilung des erfassten Zuckers zu festgesetzten Preisen, nötigenfalls durch Wiedereinführung der Zuckerkarte.
3. Unterbindung der Zuckerausfuhr.

In der

Kartoffelversorgung

muÙ die in diesem Jahre insbesondere auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund betriebene Politik der Lieferungsverträge, der unmittelbaren Verbindung zwischen organisierten Erzeugern und Verbrauchern, zu einer Dauererichtung werden. Das Reich muÙ, um die Finanzierung zu ermöglichen, Zwischenkredite gewähren und so eine rechtzeitige Bevorratung der Verbraucher sicherstellen.

Von der Landwirtschaft erwarten wir unter Würdigung ihres Anspruchs auf angemessenen Nutzen und unter Berücksichtigung der erstlich groÙen Erntertragnisse in Kartoffeln eine Preispolitik, die den Gedanken der Volksgemeinschaft zu fördern geeignet ist; vom Reichsverkehrsministerium weitgehendste Bevorratung der Kartoffeltransporte; von den Verbrauchern Ruhe und Vermeidung aller Angstkaufe.

Zur Sozialpolitik

wurde die folgende EntschlieÙung angenommen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund tritt für einen weiteren Ausbau der Sozialpolitik besonders in dem Sinne ein, daÙ der Gedanke der Mitbestimmung und Mitverwaltung durch die Arbeitnehmer noch mehr praktische Gestalt gewinnt. GemaÙ seinen Grundsätzen lehnte der D. G. B. eine gleichmachende Mechanisierung und ebenfalls die Terrorisierung der Widerheit durch die Fortführung der Sozialpolitik auf die Dauer wesentlich bedingte in durch eine gesunde Wirtschaftspolitik, so müssen alle Kräfte eingesetzt werden zur Steigerung der Produktion und zur Verhütung von Wirtschaftskrisen. Neben der technischen und organisatorischen Verbesserung der Betriebe muÙ insbesondere durch Leistung notwendiger, Hebearbeit an der Steigerung der Produktion gearbeitet werden, unter Festhalten an der gesellschaftlichen Grundlage des Achtstundentages und der Sonntagruhe. Zur Vermeidung wirtschaftlicher Kämpfe begrugt der D. G. B. den Gedanken der Schlichtungsordnung; er kann sich jedoch nicht zu dem Standpunkt bekennen, daÙ in der kommenden Schlichtungsordnung die Pflicht zur Anrufung der Schlichtungsinstanz vor Beginn des Kampfes nicht festgelegt werden soll.

Zur Schaffung einer Grundlage für einen weiteren beruflichen Aufbau im Sinne des Art. 167 der Reichsverfassung fordert der D. G. B. einen beschleunigten Ausbau der bestehenden Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern zu paritätischen Wirtschaftskammern.

Die Not der Sozialrentner, erwerbsunfahiger Kleinrentner, der Schwerebeschadigten und Kriegervinterbliebenen bedarf dringend der Lennerung und einer groÙeren Berücksichtigung seitens des Reiches. Um aber die wirtschaftliche Not insbesondere dieser Kreise schnell und nachdrücklich zu mildern, empfiehlt der D. G. B. seinen örtlichen Gliederungen, überall nachdrücklich dafür einzutreten, daÙ freiwillige Lieberstunden (Wohlfahrtsstunden), deren Erträgnisse den Leidenden zukommen sollen, geleistet werden. Dabei wird vorausgesetzt, daÙ Arbeitgeber- und andere Kreise sich ebenfalls entsprechend an diesem Gutsdienst beteiligen und die Arbeitnehmer in den örtlichen oder bezirklichen Wohlfahrtsausschussen mit Sitz und Stimme gebührend vertreten sind.

Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaÙt. Es ist deren Wesensmerkmal, schreibt der „Deutsche“, daÙ sie unter Ausfaltung haltloser Klagen und niederreißender Kritik gangbare Wege zeigen, die über die uns drohenden Nöte hinweghelfen werden, wenn wir sie nur mutig und zielbewuÙt gehen. DaÙ die in Deutschland so ubernachtig gewordene Interessentenpolitik dawider Sturm laufen wird, das erwarten wir gar nicht anders. Es wird dem D. G. B. der beste Beweis dafür sein, daÙ er damit ins Schwarze getroffen hat.

Kommunistische Hetzarbeit im Baugewerbe

Die steigende Lennerung und Notlage der Arbeiterschaft bietet den Hetzern eine willkommenen Gelegenheit, die Arbeiterschaft aufzuspalten. Auch im Baugewerbe des Rheinlandes macht sich die sogenannte „Chemiker-Hetzung“ bemerkbar. Ihr Ziel ist darauf gerichtet, die bestehenden Gewerkschaften zu unterhohlen. Nach dem alten sozialistischen Rezept: „Der Masse schmeicheln und die Führer vor den Bauch treten“, wird planmaÙig gearbeitet. Man benutzt die Notlage, um dafür die verhassten „Gewerkschaftsbossen“ verantwortlich zu machen, die durch ihre Arbeitsgemeinschafts- und Tarifpolitik an all dem Elend schuld seien. Man will aber auch andererseits zeigen, daÙ man es besser versteht, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Die Arbeit macht man sich verhaltnismaÙig leicht, indem man Forderungen stellt, die in Zuschlägen zu den jeweils bestehenden Tariflöhnen bestehen. Die Schaffung der Tariflöhne uberlaÙt man gnädigst den Gewerkschaften. So hat man schon vor einigen Wochen in München-Gradbach bei der Firma Sträter Forderungen auf eine Wirtschaftsbeihilfe von 1500 M gefaÙt, und weil dieselben nicht anerkannt wurden, die Arbeit sofort eingestellt. Die Bewegung ist aber schmaÙlich im Sande verlaufen. Neuerdings hat man sich Düsseldorf und Reuß als Tätigkeitsfeld ausgewahlet. Zunächst traf es die Firma Sandboß Aktien-gesellschaft in Düsseldorf. Ueber das Vorgehen dieser patentierten Arbeitervertreter gibt nachfolgende Niederschrift Aufklärung:

Niederschrift über die Vorlagen von den Arbeitsstellen in der am 28. September 1922 abgehaltenen Sitzung der Schlichtungskommission.

Der Vertreter der Firma legte uÙernahig folgendes vor:

Am 6. September 1922 wurde durch den Obmann Mill eine Forderung von 50% über dem jeweiligen Tariflohn unterbreitet. Die Forderung müsste innerhalb einer Stunde bewilligt sein.

Wegen Nichtbewilligung obiger Forderung wurde die Arbeit am 6. September 1922 niedergelegt.

Am 18. September 1922 wurde durch Mill eine Forderung von 35% über dem jeweiligen Tariflohn und die Bezahlung von 7 Streiftagen gefordert.

Am 23. September 1922 wurde durch Mill folgende Forderung unterbreitet:

1. 20% Lohnerhöhung über dem jeweiligen Tariflohn.
2. Bei Wiederaufnahme der Arbeit an jeden Arbeiter 2000 M zu bezahlen.
3. Bezahlung von 7 Streiftagen.
4. Einschaler gleich Zimmererlohn.
5. Geschirrlieferung durch die Firma oder eine Marktwerkzeuggeld pro Stunde.
6. Freistellung des Obmannes.

Am 28. September 1922 wurde durch Mill, FuÙß und Hövermann nachfolgende Forderung unterbreitet:

1. 20% über dem jeweiligen Tariflohn.
2. Nach jedem der ersten zwei vollendeten Arbeitstage einen Zuschuß für jeden Arbeiter in Höhe des tariflichen Tagelohnes.
3. Bezahlung von 3 1/2 Streiftagen; hiervon bezahlt die Firma einen halben Streiftag, die übrigen 3 Streiftage werden durch tägliche Hebearbeit von 10 bis 15 Minuten herausgeholt.
4. Geschirrgeld pro Stunde 50 Pfennig.
5. Freistellung des Obmannes (!).
6. Die Einschaler erhalten den gleichen Lohn wie die Zimmerer, jedoch nur unter der Voraussetzung, daÙ der Einschaler sich legitimieren kann, mindestens zwei Jahre als Einschaler gearbeitet zu haben und seine Arbeitsleistung einem vollwertigen Zimmerer gleichkommt.

Am 1. Oktober ist dann die Arbeit bedingungslos aufgenommen worden.

Am 26. September, während die Verhandlungen vor dem Bezirkslohnamt in Reln zwecks Regelung der Löhne

stattgefunden, wurde dann das Kampffeld nach der allgemeinen Hochbaugewerkschaft in Düsseldorf verlegt. Als Grund für die Überlegung der Arbeit wurde angegeben, daß in Neuß 2 von den über 500 beschäftigten Leuten 100 Streikarbeiten ausgeführt hätten und die Firma sich weigere, diese Leute zu entlassen. Es ist festgestellt, daß die Firma sich bereit erklärt hatte, die Angelegenheit durch die Schlichtungskommission entscheiden zu lassen und sich dieser Entscheidung zu fügen. Trotzdem wurde die Arbeit eingestellt, auch auf den Düsseldorf Baustellen. Die Meuter Arbeiter, welche am nächsten Tage die Arbeit wieder aufgenommen hatten, wurden gewaltsam von der Baustelle entfernt. Nun wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Eine Zulage von 45% auf den jeweiligen Tariflohn.
2. Anerkennung und keine Behinderung des Betriebsrates und der Delegierten.
3. Freistellung des Abmannes.
4. Bezahlung der Streiktage.
5. Keine Maßregelung.

Die Entscheidung der durch die Vertragsorganisationen angereichten Schlichtungskommission wurde auf das Verlangen der Gewerkschaft nicht anerkannt, sondern weitergeleitet. Erfolg: Bedingungen losse Arbeitsaufnahmearbeit am 4. Oktober 1922. In der Zwischenzeit ist ein Teil der Arbeiter eingestellt worden, so daß eine größere Zahl Arbeiter nicht wieder eingestellt werden konnte. Dieses sind die „Erfolge“, welche die Gewerkschaft erreicht haben. Ein Kommentator hierzu erübrigt sich wohl.

Bedenklich ist es, daß sich die den vertragschließenden Organisationen angehörenden Kollegen gegenüber den Fachleuten nicht besser wehren. In der Hauptsache sind es doch Juristen bis zu 30 Jahren, welche die Treiber in der ganzen Sache spielen. Weiter wird durch solche Machinationen die erfolgreiche Lohnpolitik der Gewerkschaften wesentlich erschwert, wie dieses ja die letzte Lohnbewegung deutlich genug gezeigt hat. Die gesamte Bauarbeiterchaft Rheinlands und Westfalens hat darunter zu leiden gehabt, insofern, als die Arbeitgeberorganisationen erklärten, nicht früher verhandeln zu wollen, bis diese Futsche beigelegt seien. Die Stellung der Organisationen kann und darf keine andere sein, als wie sie auch aus dem Lohnbewegungsbericht vom Bezirk Köln in dieser Nummer hervorgeht. Die am Verträge beteiligten Arbeiterorganisationen müssen einheitslich und geschlossen mit aller Schärfe gegen solche Arbeiterchädlinge vorgehen. Daher kann man es verstehen, wenn Beschlüsse zustande kommen, wie sie in Nr. 39 der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht sind unter der Stichmarke: „Wir wollen keine Zwangsmitglieder.“ Der Grundtendenz dieses Artikels stimmen wir zu, können es aber verstehen, wenn die Organisationen sich gegen derartige Unterwühler schämen und sie unschädlich machen wollen. An unsere Kollegen ergeht die dringende Aufforderung, sich nirgendwo an Futschen zu beteiligen und nichts zu unternehmen, bevor sie mit ihren Organisationsvertretern Rücksprache genommen haben. Unser Bestreben wird wie bisher, so auch in der Zukunft sein: Mit ehrlichen Mitteln die Lage der Kollegen zu heben und zu bessern, aber sie nicht in noch größeres Elend hinein zu bringen.

Buc Wirtschaftslage

Die Marktwertung hat in der ersten Oktoberwoche wieder bedeutende Fortschritte gemacht (Dollarkurs am 7. Oktober 2250). Diesmal waren es besonders Devisenkäufe des Getreidegroßhandels, die den Kurs der ausländischen Zahlungsmittel an den deutschen Börsen in die Höhe trieben. Es zeigt sich immer deutlicher, daß das Mißverhältnis zwischen der Produktion der deutschen Wirtschaft und den Konsumbedürfnissen des deutschen Volkes eine der Hauptursachen des Verfalls unserer Währung ist.

Die Abteuerung von Umlagegetreide ist bisher nicht recht in Gang gekommen. Die Landwirte verweisen auf die starke Spannung zwischen den bisherigen Preisen für Umlagegetreide und den Preisen des freien Marktes. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, in dem etwa eine Verdreifachung des Preises für das erste Umlagegetreide vorgesehen ist. Mit dieser Angelegenheit wird sich in allerhöchster Zeit auch der Reichstag befassen müssen. Nach einer Ankündigung des Reichspostministers Giesberts wird man bereits zum 1. November mit einer Verdreifachung des Brotpreises rechnen müssen. Die Regierung werde sich wahrscheinlich genötigt sehen, zum gleichen Termin die Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Milch wieder einzuführen.

Auf diese Weise ist das Schlagwort der „Zwangswirtschaft“ wieder in die öffentliche Diskussion geworfen worden, und der ganze schon begrabene Streit: „Die Zwangswirtschaft — die freie Wirtschaft!“ droht wieder aufzuleben. Es fragt sich aber, ob uns in unserer jetzigen Lage überhaupt noch eine andere Möglichkeit als die der planmäßigen Verteilung der vorhandenen wichtigsten Nahrungsmittel bleibt. Die Zwangswirtschaft ist gewiß keine ideale Erscheinung. Was sich in den letzten Monaten an den Lebensmittelmärkten abgespielt hat, fordert aber erst recht zu schärfster Kritik heraus. Der Zustand ist einfach der, daß an die Stelle der früheren öffentlichen Zwangswirtschaft heute vielfach eine private der Interessenten getreten ist, wofür die Zwangswirtschaft ein drastisches Beispiel bildet.

Wenn trotz des hier geübten Nachsehens und Schieberluns bisher noch nicht die Not die breiten Volksschichten völlig unerträglich geworden ist, so verdanken wir dies hauptsächlich dem Umstande, daß die deutsche Industrie noch leidlich gut beschäftigt war. Sobald aber Arbeitslosigkeit und Betriebs Einschränkungen in größerem Maßstab eintreten, muß die Tendenz, die Preise für im Inlande erzeugte Lebensmittel dem jeweiligen Dollarkurs anzupassen, geradezu verheerende Wirkungen für die

Am 14. Oktbr. 1922 ist der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Lebenshaltung und gesundheitlichen Verhältnisse der breiten Volksschichten haben. Die Arbeitergerichte und ihre Hilfsorgane haben sich als zu schwach erwiesen. Die Landwirtschaft betenert ihre Anschulds und behauptet, daß von niedrigen Lebensmittelpreisen nur die Industrie Vorteil habe, die verhältnismäßig niedrige Löhne zahlt und aus ihren Exportgeschäften reiche Gewinne erzielt. Die Industrie hingegen weist mit Recht darauf hin, daß ihre Herstellungskosten infolge der Preistreibererei am Lebensmittelmärkte denen des Weltmarktes so stark nähern, daß ein Exportgeschäft in vielen Branchen kaum noch möglich sei. Bei objektiver Betrachtung ergibt sich, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren groß verdient und trotz umfangreicher Hamsterkäufe in allen erdenklichen Waren noch bedeutende Kapitalgelderbestände angesammelt und daß vor allem der Zwischenhandel mit Lebensmitteln ganz ungerechtfertigte Konjunkturgewinne eingeheimt hat. Je mehr sich die Lebensmittelvorräte im Inlande verringern, um so größer wird die Gefahr der Preistreibererei.

Man darf auch nicht übersehen, daß die eigenartigen Rohstoffverhältnisse bis in die neueste Zeit hinein recht bedeutende Massen von Ausländern zu längerem Aufenthalt in Deutschland veranlaßt haben, und daß alle Grenzbezirke den Hamsterfahrten ausländischer Lebensmittelpekulanten ziemlich schußlos preisgegeben sind. In dieser Hinsicht ist unsere Lage heute wesentlich schlimmer als während des Krieges. Bei weiter fortschreitender Marktwertung wird aber die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande durch die geringe Kaufkraft unseres Geldes fast ganz unmöglich werden, es entsteht dann ein Zustand, der größte Notwendigkeit mit einer Blockade hat.

Allgemeine Rundschau

Selbst ist Christenpflicht!

Auf Veranlassung des Herdorfer Ortsrats der christlichen Gewerkschaften beschloß sich eine allgemeine Versammlung der Herdorfer Bürgerchaft mit der Frage: „Wie kann eine praktische Hilfsaktion zur Verringerung der Not der Ortsarmen hinsichtlich der notwendigen Winterverjorgung eingeleitet und durchgeführt werden?“ Das Ergebnis der Beratungen waren folgende einstimmig gefaßten Beschlüsse:

1. Die Herdorfer Industriearbeiterchaft opfert nach erneut vorzunehmender Abstimmung in Belegschaftsversammlungen, welche letztere von den Betriebsräten einzuberufen sind, den Lohnbetrag einer halben Schicht, der von den Arbeitgebern mit Mißbilligung der Zustimmung der Arbeiter gleich bei der Löhnung einbehalten wird. Wer sich trotz erfolgter Abstimmung nicht an dem sozialen Hilfswerk beteiligen will, meldet dies seinem Betriebsrat und scheidet dadurch bei dem allgemeinen Liebeswerk aus.
2. Die Herdorfer Bürgerchaft opfert den gleichen Betrag wie die Industriearbeiterchaft. Die Art und Durchführung dieser Sammlung zu veröffentlichen, bleibt dem Vorsitzenden der Armenkommission und den beteiligten Kreisen überlassen.
3. Die Versammlung glaubt annehmen zu können, daß sich auch die Arbeitgeber an der Hilfsaktion beteiligen.
4. Mit der unrichtigen und wirtschaftlichen Verwenbung der einkommenden Unterstützungsgelder, die insbesondere zur Belieferung der Ortsarmen mit Kartoffeln und Hausbrand dienen sollen, wird die örtliche Armenkommission betraut.
5. Die Armenkommission wird zu diesem Zwecke durch Vertreter aus Kreisen der Betriebsräte der Werke der Bürgerchaft und evtl. Arbeitgeberkreisen, sowie der Geistlichkeit verstärkt.

Man erwartet, daß durch diese Hilfsaktion zirkulär 400 000 M zum Besten der Ortsarmen gewonnen werden. Ein weiteres schönes Beispiel sozialer Hilfsbereitschaft wird aus Wiedenbrück berichtet.

Eine Vertreterversammlung der Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Kreise Wiedenbrück beschloß, alle Mitglieder aufzufordern, zum Besten der Kindererholungsstätte Balbleshorn, zwei Ueberstunden zu leisten. Die Güterslohener Arbeiterchaft ist bereits an der praktischen Verwirklichung des Planes.

Die Teuerung im September — 71,5 % Steigerung

Infolge der anhaltenden starken Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse ist die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) im Durchschnitt des Monats September auf 11376 gegenüber 7020 im August gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 61,8 v. H. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im September ist auf 15417 berechnet worden, die Steigerung gegenüber August auf 58,3 v. H.

Eine bedeutend stärkere Verteuerung ist für die Bekleidungsansgaben festgestellt worden, die vom Statistischen Reichsamt jetzt ebenfalls regelmäßig erhoben werden. Die Indexziffer für die Bekleidungsansgaben beträgt für September 26 000 gegenüber 12 571 im Vormonat, die Steigerung mithin 106,8 v. H. Unter Einfluß der Aufwendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 13 819; die Steigerung gegenüber der Augustzahl von 7 765 beträgt demnach 71,5 v. H.

Die soziale Lage der Arbeiter wird durch die allseitige Verteuerung der Lebensmittel noch mehr verschlechtert werden. Die Arbeiterorganisationen müssen sich auf eine noch größere Kampfbereitschaft einstellen.

Nach der auf einer anderen Methode aufgebauten Berechnung von Dr. Kuczynski beträgt das wöchentliche Existenzminimum für Groß-Berlin im September für einen Mann 2310 Mark, für ein Ehepaar 3552, für eine vierköpfige Familie 4714 Mark. Im August errechnete Kuczynski 1395, 2208 und 2968 Mark. Die Steigerung im September beträgt daher etwa 70 Prozent, was mit der Reichsindexziffer übereinstimmt.

Was kommt?

Das deutsche Wirtschaftsleben befindet sich im Stadium der Scheinblüte infolge Geldentwertung. Diese Krankheit nähert sich stappweise ihrem Höhepunkt (Krisis). Die letzte Etappe hat eingesetzt. Es ist das diejenige Etappe, auf der die Erkenntnis der Scheinblüte (Leben vom Volksvermögen anstatt vom Volkseinkommen) sich allgemein verbreitet, und Abhilfemaßnahmen (Wiederbeschaffungspreis, Goldbilanz, Währungsreform usw.) allen anderen Wirtschaftsforderungen voranzusetzen. Die lange diese Etappe anhält, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß, je länger diese Etappe anhält, desto mehr Mißstände in Erscheinung treten, die in ihrer Wirkung verderblich sind und bereits aus der Scheinblüte in das abwärtende Depressionsstadium überleiten. Wir wissen, daß dem Fieberstadium (der Scheinblüte) eine Erschlaffung des gesamten Wirtschaftstörpers früher oder später folgt: die Depression. Für diese Zeit der Depression hat der Reichsverband deutscher Konsumvereine, Düsseldorf-Reicholz, Richtlinien herausgegeben. Diese Richtlinien fußen auf Erfahrungen früherer Zeiten und auf einer Umfrage in den zur Zeit im Stadium der Depression befindlichen Ländern Europas. Weiter hat der Reichsverband deutscher Konsumvereine auf seiner Jultagung in Würzburg die Schaffung von Depressionsfonds vorgeschlagen. Er will damit erreichen, daß sich die ihm angeschlossenen Genossenschaften schon jetzt einen Referendums für die kommende Zeit der Depression schaffen, um dann nicht dem Druck der Verhältnisse zu erliegen. Wie uns der Verband mitteilt, sind dem Vorschlag der Einführung von Depressionsfonds bereits eine Reihe von Genossenschaften nachgekommen.

Richtlinien für eine kommende Depression und die Anammlung besonderer Fonds für Depressionszeit erscheinen uns auch für unsere Hauptproduktionsgenossenschaften wichtig und wertvoll, und wir versehen jedenfalls nicht, unsere Genossenschaftsführer auf diese von den Konsumgenossenschaften getroffenen Vorsichtsmaßnahmen aufmerksam zu machen.

Das Urteil des Auslandes

Im Auslande, wo man bisher im Vertrauen auf die deutsche Schaffenskraft die Papiermark noch verhältnismäßig hoch bewertete und sich sogar für eine Beteiligung an deutschen Industrieunternehmen zu interessieren begann, macht sich in bezug auf die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands mehr und mehr ein erschütternder Pessimismus bemerkbar. In diesem Zusammenhang ist das Urteil eines neutralen Beobachters von besonderem Interesse. Der bekannte Nationalökonom Professor Gustav Cassel-Stockholm, der anlässlich der Herbstmesse und der gleichzeitig stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Leipzig weilte, äußerte sich hierzu etwa in folgender Weise: „Die ausländischen Marktspekulanten, ganz abgesehen von den Reparationsansprüchen, haben bereits eine solche Höhe erreicht, daß es Deutschland nie und nimmer möglich sein wird, die im Auslande herumschwimmenden Marknoten usw. jemals auf dem Wege des Warenexports wieder an sich zu ziehen. Hierin kommt bereits deutlich der vollkommenen Bankrott der deutschen Volkswirtschaft, nicht nur der Staatsfinanzen, zum Ausdruck.“ Cassel sieht die Ursache des Marksturzes hauptsächlich in der zunehmenden Erkenntnis gewisser Auslandskreise von der überaus ungunstigen Lage Deutschlands. Er ist auf Grund seiner eigenen Beobachtung zu der Ansicht gekommen, daß das Vertrauen des Auslandes zu einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft immer mehr schwindet, und daß das Markangebot an den internationalen Börsen vorläufig noch weiter steigen wird, mögen die politischen Entscheidungen fallen, wie sie wollen.

Ueber die Steuerpolitik Deutschlands äußert sich Cassel dahin, daß die direkten Steuern bereits jeder erträgliche Maß überschritten haben, und daß eine Verschärfung der indirekten Steuern keinesfalls mehr denkbar sei, da Deutschland die allerhöchste indirekte Steuer, nämlich die Inflation, zu tragen habe. Dieses sauge die deutsche Wirtschaft mehr und mehr aus.

Diese Ausführungen eines neutralen Volkswirtschaftlers, der in der Nachkriegszeit wiederholt auf internationalen Finanzkonferenzen als Sachverständiger fungierte, bilden eine wertvolle Ergänzung und Bestätigung der Erklärungen der deutschen Regierung zur Reparationsfrage. Sie zeigen, daß dem deutschen Volke durchgreifend nur geholfen werden kann, indem die Reparationsleistungen auf ein Maß reduziert werden, das mit unserer Leistungsfähigkeit im Einklange steht.

„Es ist traurig...“

Die sozialistische Erziehung, die in der Vergangenheit ganz auf den Geist des Radikalismus eingestellt war, mußte wunderliche Blüten zeitigen. Diese Erziehung zum Daß ist schuld an den Zuständen im sozialistischen Parteien- und Gewerkschaftslager, welche durch nachfolgende Ausschüsse aus einem Artikel der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ Essen vom 4. September recht eigenartig beleuchtet werden:

... Die Geze gegen die Gewerkschaftsführer hat bereits am Freitag in Essen nach der kommunistischen unionistischen Kundgebung ihre traurigen Früchte gezeigt. Nachdem der bedauernswerte Anhang der SPD auf dem Bürgerplatz durch heftige Reden gegen die Gewerkschaftsführer aufgepuscht war, wandten sich erregte Trupps gegen einzelne im Bergarbeiterverband tätige Obleute, wobei ein im Dienst der Arbeiterbewegung ergrauter Kamerad in gemeinsamer Weise mißhandelt wurde. Diese empörende Tat ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß unverantwortliche Geher erst

diese verbrecherische Stimmung erzeugen. Wobin soll es aber führen, wenn zukünftig kein Vertrauensmann der gewerkschaftlichen Organisation mehr imstande ist, seine gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen...

Was sich am Freitag in Essen ereignet hat, ist tief beschämend für die Arbeiterbewegung.

Es ist traurig, daß es in der deutschen Arbeiterbewegung soweit gekommen ist. Der Tiefstand ist erreicht, wenn alte, im Dienste der Gewerkschaftsbewegung ergraute Männer von gewissenlosen, verbrecherischen Elementen niedergeschlagen werden.

Das ganze, bewegliche Klagen der sozialistischen Presse kommt zu spät. Die Bewegung erntet, was sie gesät hat. Der Haß gegen Staat und Gesellschaft wurde zum Bruderkrieg. Die getauften Geister wird man nicht mehr los.

Entschädigung der Lehrlinge

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ schreibt in seiner Nr. 38:

Infolge der dauernd gestiegenen Preise für alle Lebensbedürfnisse und in Anbetracht der gesunkenen Kaufkraft der Mark sind die den Lehrlingen im Handwerk bisher im allgemeinen gezahlten Entschädigungen nicht mehr ausreichend. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Lehrzeit ordnungsgemäß zu Ende zu führen, ist eine angemessene Vergütung unbedingt erforderlich. Mit Rücksicht darauf, daß die Entwertung des Geldes ständig weiter vorwärtsschreitet, ist die Formierung bestimmter Entschädigungssätze schwierig.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin empfiehlt deshalb den Lehrherren dringend, diese Sätze entsprechend dem jeweiligen Wertstande der Mark in einer Höhe festzusetzen, daß sie als ausreichende Beihilfe zu den Unterhaltungskosten der Lehrlinge anzusehen ist. Es liegt nicht im Interesse der Lehrherren, wenn die Lehrlinge nach längerer Ausbildungszeit und Erlangung gewisser Kenntnisse und Fähigkeiten in ihrem Handwerk zur Fortsetzung der Lehre nicht mehr in der Lage sind.

Bisher konnte man in der Arbeitgeberpresse immer lesen, die angeblich zu geringe Spannung zwischen den Löhnen der Gelehrten und Ungelernten trüge die alleinige Schuld an dem mangelnden Nachwuchs im Handwerk. Die vorstehende Ausweisung zeigt deutlich genug, daß daran nichts ändern eben so sehr die ungenügende Entlohnung der Lehrlinge die Schuld trägt.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Bochum

Der Streik der Plattenleger beendet

Nach vierzehntägigem Streik der Plattenleger im rheinisch-westfälischen Industriegebiete fand am 25. September eine Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Plattenleger statt. Da nach stundenlangem Verhandlung keine Einigung zu erzielen war, wurde ein Schiedsgericht gebildet, welches nach längerer Verhandlung folgenden Schiedsspruch fällte:

- 1. Der Stundenlohn der Plattenleger steigt 17% über dem jeweiligen Stundenlohn der Maurer ab 1. September 1922.
2. Die Affordgrundpreise werden ebenfalls ab 1. September 1922 an das Niveau des Affordtariffes vom 1. November 1920 gesetzt.
3. Für Überstunden wird eine besondere Zulage von 25% auf den Stundenlohn gezahlt.

4. Bei auswärtigen Arbeiten wird das Jahrgeld 3. Klasse Staatsbahn, und wo diese nicht benutzt werden kann, das Fahrgehalt der Straßenbahn hin und zurück vergütet. Außerdem werden folgende Zulagen gezahlt:

Table with 2 columns: Zone in Umkreis von, and percentage. Zone 1 (3-7 1/2 km) 18%, Zone 2 (7 1/2-15 km) 28%, Zone 3 (15-20 km) 30%, Zone 4 (über 20 km) 40%.

In vorliegenden Zulagen ist eine Vergütung für Fahrzeiten mit enthalten. Bei über 30 Kilometer wird die Fahrzeit vergütet.

5. Für auswärtige Baustellen in den vier Zonen vergl. § 9 III sind bei Tagelohnarbeiten folgende Zulagen zu zahlen:

- a) Eine tägliche Entschädigung von 20% vom Gesamtverdienst - ohne Übernachtung -
b) Das Jahrgeld 3. Klasse Staatsbahn, für eine tägliche Fahr- und Rückfahrt, sowie bei Straßenbahnbenutzung dieselbe mit Nachzuzugewährung.

6. Bei Übernachtung erforderlich, wird eine Entschädigung von 15% vom Gesamtverdienst gezahlt.

7. Es werden folgende Ferien gewährt: Bei einer Beschäftigungsdauer von 10 Wochen 1 Tag, 20 Wochen 2 Tage, 30 Wochen 3 Tage.

8. Die Arbeit ist bei beiderseitiger Annahme des Schiedsspruches möglichst sofort, aber spätestens am Donnerstag, den 28. September, wieder aufzunehmen.

9. Vorregelungen aus Anlaß des Streites dürfen von keiner Seite vorgenommen werden. Bei Wiederaufnahme der Arbeit treten die Arbeiter in ihre alten tariflichen Rechte wieder ein.

10. Wegen der sich notwendig machenden Umrechnung resp. Berechnung der einzelnen Affordjahre, die sich aus dem Schiedsspruch ergeben, wird den Parteien ausgegeben, möglichst umgehend neue Verhandlungen anzubahnen und zum Abschluß zu bringen.

In dieser Schiedsspruch von beiden Parteien anerkannt wurde, ist am 27. September die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Bezirk Köln

Kampf im Baugewerbe

Die Arbeitgeberorganisationen für das Baugewerbe haben den vom Bezirkslohnamt Köln gestellten Schieds-

pruch, wonach ab 25. Sept. 1922 eine Lohnerhöhung für Facharbeiter von 40 % eintreten sollte, abgelehnt.

Die Gründe für die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeitgeber sind folgende:

- 1. Die festgesetzten Löhne seien für das Baugewerbe unuerträglich.
2. Die Festsetzung der Löhne ab 25. September entspreche nicht der Bestimmung des Reichstarifvertrages.
3. Weil in Düsseldorf wilde Streiks beständen.

Hierzu folgendes:

Zu 1: Die vom Bezirkslohnamt Köln vorgezeichnete Lohnerhöhung stütze sich auf die eingetretene Teuerung, welche nach Angabe des Statistischen Amtes der Stadt Köln in der Zeit vom 23. August bis 20. September 74,4% Steigerung aufweist. Hätte das Bezirkslohnamt die Teuerung voll berücksichtigt, wäre eine Lohnsteigerung von rund 56 % erforderlich gewesen. Weiter kommt in Frage, daß diese vorgezeichnete Lohnerhöhung heute von anderen Bezirken des Baugewerbes und auch anderen Berufsgruppen weit überholt ist.

Zu 2: Der staatliche Schlichtungsausschuß in Barmen hat sich mit der Frage, ob die Arbeiter berechtigt seien, innerhalb einer Monatsfrist Verhandlungen zu fordern, bereits am 21. September beschäftigt und festgestellt, daß die Arbeiter wohl dazu berechtigt wären.

Zu 3: Derselbe Schlichtungsausschuß hat entschieden, daß die Arbeitgeber nicht berechtigt seien, wenn in einem anderen Vertragsgebiet Differenzen bestehen, diese auf ihr Vertragsgebiet zu übertragen. Außerdem sei aber auch ausdrücklich festgestellt, daß die vertragschließenden Arbeiterorganisationen den Forderungen in Düsseldorf vollständig ablehnend gegenüberstehen, was auch den Arbeitgebern bekannt ist.

Bereits am 28. September veröffentlichten die Arbeiterorganisationen in den Düsseldorfer Tageszeitungen folgende Erklärung:

- 1. Die zurzeit in Düsseldorf geführten wilden Streiks sind gegen den Willen der zuständigen Organisationen ausgebrochen und werden von diesen in keiner Weise moralisch oder finanziell unterstützt.
2. Die wilden Streiks werden gesührt und geleitet von einer Person, die sich erst vor einigen Wochen in eine gewerkschaftliche Organisation eingeschrieben hat.
3. Wir ersuchen sämtliche baugewerbliche Arbeiter von Düsseldorf, sich in keiner Beziehung an diesen Forderungen zu beteiligen, keinerlei finanzielle Mittel dafür zu opfern und die Arbeit auf allen Baustellen wieder aufzunehmen.

Kollegen! Wir ersuchen euch dringend, Mann für Mann sich dieser Erklärung anzuschließen und danach zu handeln. Wir wollen diese Forderungen unterbinden, um damit unsere Kollegen so schnell wie möglich in den Genuß der Lohnerhöhung zu bringen.

- Deutscher Bauarbeiterverband, gez.: H. Trabach.
Zentralverband christl. Bauarbeiter, gez.: S. Diden.
Zentralverband der Zimmerer, gez.: Joh. Krüger.
Zentralverband der Maschinisten und Heizer, gez.: R. Krumsow.

Da der Schiedsspruch von den Arbeitgebern abgelehnt ist, ist der Verhandlungsweg erschöpft. Die Arbeiterorganisationen sind nunmehr gezwungen, Kampfmaßnahmen zu treffen.

Eine am 4. Oktober stattgefundene gemeinsame Konferenz der am Verträge beteiligten Arbeiterorganisationen hat beschlossen, mit Teilstreiks in 11 Wohngebieten vorzugehen.

Am 5. Oktober fand vor dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf eine Besprechung zwischen Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationsvertretern statt, aus der hervorging, daß der Grund der Ablehnung des Lohnspruches durch die Arbeitgeber weniger auf die Lohnfrage, als auf Verwirklichung ihrer Absichten, nur ein Bezirkslohnamt für Rheinland und Westfalen zu schaffen, zurückzuführen ist. Diese Absicht ist durch den Spruch eines zu diesem Zwecke zusammengesetzten Schiedsgerichtes bereinigt worden. Zweideutige Streitfragen zu schaffen sind. Letzterer Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern ebenfalls abgelehnt worden. Der Regierungspräsident von Düsseldorf will sich dafür einsetzen, daß seitens des Reichsarbeitsministeriums unverzüglich vermittelnd eingegriffen wird.

Selbst es nicht in letzter Stunde eine Einigung herbeizuführen, wird der Kampf sich auf Rheinland und Westfalen ausdehnen, wovon 150.000 Bauarbeiter betroffen werden. Die hieraus sich ergebenden Gefahren sind im Augenblick noch unübersehbar, die kommunistischen Zellenbauer sehen ihren Weizen schon reifen.

Bezirk Oberschlesien

Am 4. Oktober fanden in Kattowitz Lohnverhandlungen für das Holz-, Beton- und Kiesbaugewerbe statt, und zwar für Ost- und West-O/S. Man einigte sich auf einen Zuschlag von 31% für West-Oberschlesien und 28% für Ost-Oberschlesien auf die Septemberlöhne. Die Lohnerhöhung gilt vom 1. Oktober bis 14. Oktober und beträgt nunmehr der Stundenlohn für

Table with 3 columns: Beruf, West-O/S. Zuschlag, Ost-O/S. Zuschlag. Rows include Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Bauhilfsarbeiter (ungebaut), Stein- und Mörtelträger.

Aus dem Verbandsleben

Wissen ist Macht!

Rassel. Für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes veranstalten wir von Oktober bis Dezember die nachfolgende Vortragsreihe zur Fortbildung unserer Kollegen, die an verantwortlicher Stellung in der deutschen Volkswirtschaft stehen. Wir bitten unsere Kollegen, sich zahlreich daran zu beteiligen. Vortragsfolge: 1. a) Geschichtliches zum Betriebsrätegesetz; b) Bedeutung des Gesetzes in der deutschen Volkswirtschaft. 2. Aufgaben, Rechte und Pflichten des Betriebsrates. 3. a) Schutz der Betriebsvertretungen; b) Wahlordnung. 4. Vorlage der Betriebsbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung. 5. Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. 6. Fortentwicklung der wirtschaftlichen Räteverfassung, Berufskammern. 7. Bezirkswirtschaftsrat. 8. Reichswirtschaftsrat. Voraussichtlich 8 Abende, jeden Mittwoch abend. Die Kollegen der Verwaltungsstelle Rassel - soweit sie Aussicht haben, den Winter hindurch hier beschäftigt zu werden - dürfen ein besonderes Interesse daran haben, auf dem Gebiet des Betriebsrätegesetzes ihr Wissen zu bereichern. Die Ankosten, die sich etwa zwischen 30 und 60 M für den Kurzus belaufen, sind - gering im Vergleich zu dem, was den Kollegen das oben veröffentlichte Programm auf dem Gebiete des Wissens zu bieten verspricht. Die Vorträge, die von Herrn Dr. Kalweit gehalten werden und denen sich eine Diskussion anschließt, sollen jeden Kollegen, der sich daran beteiligt, befähigen, Widerstände, die den Befugnissen der Betriebsratsmitglieder erwachsen, zu beseitigen. Beginn des Kurzus am 28. Oktober. Anmeldungen müssen bis zum 18. Oktober auf dem Bureau Mittelgasse 42 erfolgen.

Bezirk Münster. In einer am 1. Oktober stattgefundenen Sitzung des Bezirksvorstandes wurde, nach dem Bericht über den Stand der Mitglieder, der Lohnbewegungen, den Stand der Bezirkskasse, der zukünftigen Agitation, sowie der Beitragsfrage, erneut Stellung zu den Bestrebungen, eine andere Einteilung der Verbandsbezirke herbeizuführen, genommen. Nachdem der Bezirksleiter Kollege Müller über eine diesbezügliche Aussprache mit anderen an der Frage interessierten Kollegen eingehend berichtet hatte, ergab sich, daß für die in der Entschliessung der Bezirkskonferenz vom 31. Juli enthaltenen Worte „Treibe-reien“ u. a. m. keine Veranlassung vorlag, sie vielmehr auf Mißverständnisse, die in der Aussprache geklärt wurden, zurückzuführen sind. Den bisher in dieser Frage unter-nommenen Schritten lagen sachliche, jedoch nicht persönliche Motive zugrunde. In sachlicher Beziehung hält der Bezirksvorstand den in der Entschliessung niedergelegten Standpunkt voll aufrecht, da eine anderweitige Einteilung des Bezirks zum Nachteil des Verbandes und der Kollegen ausschlagen müßte. Ferner vertritt der Vorstand die einmütige Auffassung, daß, soweit unser Bezirk von obiger Frage berührt wird, sie nur im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand erledigt werden kann.

Bau-Rundschau

Weitere Erhöhung der Baukostenzuschüsse

Die bei Gelegenheit der Beratungen im Preussischen Wohlfahrtsministerium aufgestellte Forderung der Vertreter des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf Erhöhung der Baukostenzuschüsse auf das Zehnfache des ursprünglichen Satzes ist inzwischen erfüllt worden. In Anbetracht der riesigen Verteuerung der Baukosten hat der Reichsrat dieser Erhöhung zugestimmt. Danach betragen also die Höchstätze der Zuschüsse 1800 Mark für den Quadratmeter der Wohnfläche, d. h. der Gesamtzuschuß für eine Wohnung (Landes- und Gemeinbedarfen) steigt auf 252.000 Mark.

So begrüßenswert diese Maßnahme der Regierung auch ist, so wenig kann man sich damit zufrieden geben. Befagte Sitzung im Wohlfahrtsministerium fand nämlich Ende Juli statt, zu einer Zeit, als die Baukosten noch erheblich weniger als die Hälfte der heutigen Kosten betragen. Will man die Bauertätigkeit ernsthaft in Gang bringen, so kommt man wirklich nicht daran vorbei, den gesamten unverrichtlichen Bauaufwand mit Hilfe öffentlicher Mittel abzurufen. Das aber erfordert heute die Bereitstellung von 8-900.000 Mark pro Wohnung.

Bekanntmachung

Achtung! Den Kollegen von Braunschweig und Umgegend zur Kenntnis, daß die Sprechstunden jetzt jeden Nachmittag von 4 1/2 bis 6 Uhr im Bureau, Starenstr. 13, stattfinden. Die Kollegen werden ersucht, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. J. A.: Otto Diring, 1. Vorsitzender.

Sterbetafel

Am 10. Oktober starb an Lungenseiden und Magenkrebs unser lieber Kollege Bernhard Friebe im Alter von 57 Jahren. Verwaltungsstelle Grlitz. Ehre seinem Andenken!